

PC.DEL/927/04
29 September 2004

GERMAN only

Keynote-Rede

anlässlich der

**OSZE-Konferenz zu Toleranz und dem Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit
und Diskriminierung am 13./14. September 2004 in Brüssel**

Marieluise Beck

Parlamentarische Staatssekretärin
im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Intoleranz – dies sind keine dunklen Gespenster der Vergangenheit, keine Probleme aus längst vergangenen Zeiten. Es sind Herausforderungen der Gegenwart, der heutigen Zeit - leider noch immer. Es sind Herausforderungen für uns alle in einer Welt, die sich immer schneller dreht.

Der 11. September ist für uns eine Wegmarke. Dieses Datum steht dafür, dass Intoleranz zur Bedrohung unserer Sicherheit werden kann, einen Angriff auf die demokratische Gesellschaft darstellt. Wir alle – Bürgerinnen und Bürger – sind gefordert im Einsatz für die Demokratie, im Einsatz für Respekt, Toleranz und Verständnis. Mit Hochachtung schauen wir auf die muslimische Gemeinschaft in Frankreich, die sich gegen die Gewalt im Irak gestellt hat, und für das Zusammenleben und gemeinsame Agieren in einer offenen Gesellschaft.

Rassismus und Intoleranz gegenüber Andersseienden und Andersdenkenden stellen nach wie vor einen fundamentalen Angriff auf die Würde des einzelnen Menschen dar. Sie sind ein Angriff gegen die uns in der OSZE verbindenden Werte. Totalitäre Ideologien unter dem Deckmantel der Religion dürfen wir nicht dul-

den. Jeder Form von Intoleranz und Diskriminierung gilt es mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten. Auf lokaler Ebene, auf nationaler Ebene, aber auch international, über die Staatsgrenzen hinweg.

Daher begrüße ich es außerordentlich, dass wir uns heute erneut zu einer Konferenz im Rahmen der OSZE zusammengefunden haben. Lassen Sie uns ein Zeichen setzen gegen jede Form von Intoleranz, von Unfreiheit und totalitären Ideologien. Wir müssen Strategien und Konzepte entwickeln, um Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus wirksamer zu bekämpfen.

Ein Blick in die Tageszeitung oder die Abendnachrichten zeigt uns immer wieder auf traurige Weise:

- Menschen werden wegen ihrer Hautfarbe zu Tode gehetzt,
- wegen ihrer Religion beleidigt und herabgesetzt,
- wegen ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert und erniedrigt.

Auch wenn nur eine Minderheit in der Gesellschaft rassistischem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Gedankengut anhängt – wir dürfen dieser Minderheit keinen Fußbreit Raum lassen.

Ausgrenzung, Intoleranz und Hass gegenüber denen, die als anders empfunden werden, darf nicht geduldet oder hingenommen werden. Wir alle sind aufgefordert hinzuschauen:

- was läuft falsch?
- was können und müssen wir tun?
- wo müssen wir handeln?

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

vier Handlungsfelder sind beim Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nach meiner Überzeugung von besonderer Bedeutung:

Zum einen bedarf es wirksamer Antidiskriminierungsbestimmungen. Es muss ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden, der es gesellschaftlichen Minderheiten ermöglicht, die ihnen zustehenden Rechte wahrzunehmen und einzufordern. Die Europäische Union ist hier mit gutem Beispiel vorangegangen. Ihre Antidiskriminierungsbestimmungen werden zurzeit in allen EU-Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt. Nationale Antidiskriminierungsstellen sollen in Zukunft die Interessen von Diskriminierungsopfern wahren und vertreten, die Opfer unterstützen und beraten. Die Aufnahme zahlreicher Antidiskriminierungsbestimmungen in bestehendes Arbeitsrecht wird ebenfalls zu einem verbesserten Schutz von Diskriminierungsopfern führen.

Gesetzliche Aktivitäten alleine reichen jedoch nicht aus, um Intoleranz, Diskriminierung und rassistische Umtriebe zu überwinden. Entscheidend für den Bestand einer offenen, demokratischen, fairen und multikulturell geprägten Gesellschaft ist das friedliche und respektvolle Zusammenleben aller gesellschaftlichen Gruppen.

Gemeinsame Werte und Normen und die Bereitschaft sich hierfür einzusetzen müssen im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen. Hierzu bedarf es einer tief greifenden Stärkung der Zivilgesellschaft sowie einer Ermutigung zu mehr Zivilcourage. Zivilcourage heisst auch Mut und Kraft, sich anderen entgegenzustellen.

Mit einem umfassenden Aktionsprogramm

„Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsex-

tremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ –
stärkt die Bundesregierung bereits seit vielen Jahren demokratisches Verhalten, ziviles Engagement, Toleranz und Weltoffenheit – Respekt gegenüber denen, die anders sind.

Zahlreiche Programme, Initiativen und Maßnahmen konnten so in den vergangenen Jahren unterstützt werden:

- Mobile Beratungsteams stärken demokratische Strukturen.
- Opferberatungsstellen unterstützen Opfer rassistisch motivierter Gewalttaten.
- Netzwerkstellen sammeln Daten, Erfahrungen und Erkenntnisse im Umgang mit Opfern und Tätern.
- Internationale Jugendbegegnungen, Geschichtswerkstätten, Filmprojekte oder Foto-Workshops, Ausstellungen, Bildungsveranstaltungen in Schulen und Betrieben.

Die Bandbreite der unterstützten Projekte ist breit gefächert.

Weiterhin bedarf es einer erfolgreichen Integration von Migrantinnen und Migranten in unsere Gesellschaft. Nicht Ausgrenzung und Abschottung, sondern Integration ist die grundlegende Zielbestimmung politischen Handelns. Es bedarf der gleichberechtigten Teilhabe aller am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzutreten zu können.

Migrantinnen und Migranten sind heute fester Bestandteil unserer Einwanderungsgesellschaften. Über die Hintergründe, die zu Migration führen, wissen wir aber immer noch zu wenig. Dieses Defizit müssen wir abbauen.

Nur mit einer umfassenden Strategie wird es möglich sein, Ängste und Befürchtungen abzubauen, Vorurteile zu zerstreuen. Im Zuge der Neugestaltung des deutschen Zuwanderungsrechts wur-

de die Integration der bei uns lebenden Migrantinnen und Migranten deshalb nachhaltig verbessert.

Besondere Aufmerksamkeit wird man in Zukunft dem **interreligiösen Dialog** schenken müssen. Moslems, Christen und Juden dürfen nicht länger „sprachlos“ neben-, und leider allzu oft auch gegeneinander stehen. Vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre ist es heute wichtiger denn je, Andersgläubigen Verständnis, Offenheit und Toleranz, vielleicht sogar Interesse entgegenzubringen. Menschlichkeit, Brüderlichkeit, Schwesterlichkeit heisst heute, dass wir unsere Türen öffnen für Migranten und Migrantinnen, dass wir nicht abschotten, sondern Brücken bauen. Religiöser Dialog ist ein Dialog, der von Menschen getragen und täglich gelebt werden muss.

Schließlich müssen Rolle und Einsatz der Neuen Medien beim Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung kritisch beleuchtet werden. Rechtsextreme nutzen in zunehmendem Maße das Internet für ihre menschenverachtenden Aktivitäten. Das Internet ist ein grenzüberschreitendes, ein globales Medium. Die Bekämpfung rassistischer Umtriebe im Netz setzt daher eine enge internationale Zusammenarbeit voraus. Die OSZE-Konferenz von Paris vom Juni dieses Jahres war ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung.

Unsere gemeinsamen Anstrengungen müssen jedoch weitergehen. Die Meinungsfreiheit ist ein wertvolles Gut. Sie ist ein Grundpfeiler jeder demokratischen und rechtsstaatlich verfassten Gesellschaft. Wo Meinungsfreiheit jedoch missbraucht wird, wo unter ihrem Deckmantel zu Hass, Gewalt und Intoleranz aufgerufen wird, muss sie ihre Grenzen finden. Hier gilt es mit Augenmaß, aber auch mit der nötigen Entschlossenheit aufzutreten. Repressive, strafrechtliche Maßnahmen seitens des Staates sind

nur ein Ansatzpunkt. Sie können nur im internationalen Kontext Erfolg versprechend umgesetzt werden. Von mindestens ebenso großer Bedeutung sind:

- präventive Ansätze,
- die Förderung der Medienkompetenz von Eltern, pädagogischen Fachkräften und Jugendlichen sowie
- die Sensibilisierung der Zivilgesellschaft .

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Die Mitgliedstaaten der OSZE haben auf der Konferenz in Berlin im Frühjahr dieses Jahres ihren unbedingten Willen zum Ausdruck gebracht, Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen gemeinsam zu bekämpfen und zu überwinden. Sie haben damit ein weltweit beachtetes Signal gesetzt. Sie haben auch ein Zeichen des Vertrauens gesetzt, ein Vertrauen in Deutschland als Gastgeber dieser Konferenz.

Auch von dieser Konferenz muss ein unübersehbares Signal ausgehen. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Intoleranz dürfen nicht Teil unserer Welt werden und erfordern entschlossenes staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln. Ich hoffe, dass die Konferenz auch zur Stärkung des Bewusstseins beitragen kann: Anderssein muss nicht länger als Bedrohung wahrgenommen werden. Sie kann auch als Gewinn und Bereicherung empfunden werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!